

**Niederschrift**

**über die Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck  
am Donnerstag, 20.12.2007, im Bürgerschaftssaal des Rathauses**

**Wahlperiode 2003 - 2008  
Nr. 42**

**Beginn der Sitzung:** 16:10 Uhr

**Anwesend:** **Stadtpräsident Sünnewold** (CDU) - Vorsitzender  
**BM Wargenau** (CDU) - Beisitzerin  
**BM Knöckel** (SPD) - Beisitzerin

***sowie weitere 47 Bürgerschaftsmitglieder:***

Abler (SPD)	Lötsch (CDU)
Albrecht (SPD)	von Maltzahn (CDU)
Dr. Blunk (FDP)	Menorca (CDU)
Böhning (SPD)	Möller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eymer (CDU)	Oldenburg (CDU)
Fey (SPD)	Panther-Pätow (SPD)
Fick (CDU)	Petersen (CDU)
Förster (SPD)	Pluschkell (SPD)
Fraederich (CDU)	Puschadel (CDU)
Freitag, Chr. (CDU)	Reinhardt (SPD)
Freitag, D. (CDU)	Sawalich (CDU)
Gaulin (SPD)	Schalies (FDP)
Dr. Gulski (CDU)	Schatz (CDU)
Hilbrecht (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Scheel (SPD)
Hinrichs (CDU)	Schindler (SPD)
Hiller (SPD)	Schneider (CDU)
von Holt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Schopenhauer (SPD)
Howe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Semrau (CDU)
Hundertmark (SPD)	Siebdrat (SPD)
Jugert (CDU)	Stabe (CDU)
Kaske (CDU)	Stadthaus-Panissié (fraktionslos)
Koch (CDU)	Stallbaum (SPD)
Küsel (CDU)	Zander (CDU)
Lietzke (CDU)	

**Es fehlt niemand.**

**Ferner sind**

**anwesend:** Bürgermeister Saxe, Senatorin Borns, Senator Boden, Senator Halbedel und Senator Geißler, VertreterInnen der Einzelpersonalräte, des Seniorenbeirates, der Presse und der Verwaltung, die Gleichstellungsbeauftragte, der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates sowie die Protokollführerin Frau Krawetzke, die Leiterin des Büros der Bürgerschaft, Frau Kasimir und Frau Preuß  
1.100 - Büro der Bürgerschaft

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende teilt mit, dass alle Bürgerschaftsmitglieder anwesend sind.

Weiterhin teilt der Vorsitzende mit, dass der Bürgermeister von seinem Recht gemäß § 34 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) Gebrauch gemacht und mit Schreiben vom 22. 08.2007 die Einberufung dieser Sondersitzung am 20.12.2007 verlangt hat.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Sitzung fristgerecht einberufen worden ist und die Tagesordnung gemeinsam mit der schriftlichen Ladung allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zugegangen ist.

Der Vorsitzende teilt mit, dass über die Sitzung eine Sprachaufzeichnung erfolgt. Diese Sprachaufzeichnung dient zur Erstellung des Protokolls und wird auch den Fraktionen und dem Bürgermeister gem. § 31 Abs. 5 der Geschäftsordnung zur Verfügung gestellt.

***Der Weitergabe der Sprachaufzeichnung an die Fraktionen und den Bürgermeister wird einstimmig zugestimmt.***

Weiterhin gibt der Vorsitzende bekannt, dass der Offene Kanal Lübeck die heutige Sitzung live im Radio übertragen wird.

***Der Live-Übertragung des Offenen Kanals wird einstimmig zugestimmt.***

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, ihm dies mitzuteilen. Ob jemand befangen ist, entscheidet im Zweifel die Bürgerschaft.

Der Vorsitzende weist auf die umverteilten Anmerkungen zur Tagesordnung hin, und gibt folgende Veränderungen zur Tagesordnung bekannt. Eine Sitzung des Ältestenrates hat nicht stattgefunden.

## 1. Erweiterung der Tagesordnung

### 1.1 Dringlichkeitsanträge der Fraktionen

#### TOP 4.1, Drs. Nr. 985 – Austauschblatt

SPD / CDU – EBL-Verhandlungsverfahren „Suche eines strategischen Partners für die EBL Sparten Abfallwirtschaft und Straßenreinigung“

***Der Erweiterung der Tagesordnung um den TO-Punkt 4.1 wird aufgrund der Dringlichkeit einstimmig zugestimmt.***

### 1.2 Dringlichkeitsvorlagen und -berichte des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten

Es liegt nichts vor.

## 2. Veränderung der Tagesordnung (z.B. Vertagen/Zurückziehen/Vorziehen von TO-Punkten)

#### TOP 15.3, Drs. Nr. 974

Anhandgabe eines Grundstückes in Lübeck-Travemünde

Diese Vorlage wurde in der Sitzung des Ausschusses für den Kurbetrieb Travemünde am 06.12.2007, in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 10.12.2007 und in der Sitzung des Hauptausschusses am 11.12.2007 vertagt.

***Der Vertagung des TO-Punktes 15.3 wird einstimmig zugestimmt.***

TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967 – Austausch- und Ergänzungsblätter  
I. Nachtragshaushaltssatzung 2008

Es ist vorgesehen, diesen TO-Punkt einschließlich der gemeinsam zu beratenden TO-Punkte vor dem TO-Punkt 4 zu behandeln.

***Die Bürgerschaft stimmt der Vorziehung des TO-Punktes 12.1 einschließlich der gemeinsam zu beratenden TO-Punkte vor dem TO-Punkt 4 einstimmig zu.***

3. Gemeinsame Beratung von TO-Punkten

Es wird die gemeinsame Beratung folgender TO-Punkte vorgeschlagen:

12.1 mit 13.4, 13.1, 13.2, 15.1, 15.2, 15.3 und 16.1

Der Vorsitzende verweist auf die den Bürgerschaftsmitgliedern zur Haushaltsberatung umverteilte Übersicht über den Ablauf und die Reihenfolge der Beratung der Tagesordnungspunkte.

Während der Haushaltsberatung ist es für die TO-Punkte 15.1, 15.2, 15.3 und 16.1 erforderlich, in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung einzutreten.

***Der vorgeschlagenen gemeinsamen Beratung und deren Ablauf wird einstimmig zugestimmt.***

4. Zuordnung der TO-Punkte zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich die Sitzung gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung für die Bürgerschaft in einen öffentlichen, einen nichtöffentlichen und danach nochmals in einen öffentlichen Teil gliedert und die TO-Punkte 14 bis 18 aus Gründen des öffentlichen Wohls und zum Schutz berechtigter Interessen Einzelner im nichtöffentlichen Teil der Sitzung behandelt werden.

Die Öffentlichkeit ist bei allen TO-Punkten allgemein nach § 10 Abs. 5 Gescho ausgeschlossen.

***Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.***

## 5. Beratungsergebnisse der Ausschüsse

Der Vorsitzende verweist auf die umverteilte Übersicht, aus der sich die Beratungsergebnisse der Ausschüsse wie folgt ergeben:

TOP	Beraten im	Datum	Ergebnis
11.1	Hauptausschuss	11.12.2007	Ohne Votum
12.2	Bauausschuss	03.12.2007	Einstimmige Empfehlung
	Hauptausschuss	11.12.2007	Einstimmige Empfehlung
13.4	Bauausschuss	03.09.2007	Ohne Votum
13.14	Rechnungsprüfungsausschuss	20.11.2007	Einstimmige Empfehlung
	Hauptausschuss	27.11.2007	Einstimmige Empfehlung unter Berücksichtigung der Korrektur
13.1	Bauausschuss	17.12.2007	Ohne Votum
	Ausschuss für Soziales	04.12.2007	Ohne Votum
	Jugendhilfeausschuss	06.12.2007	Einstimmige Empfehlung
15.2	Wirtschaftsausschuss	10.12.2007	Ohne Votum
	Hauptausschuss	11.12.2007	Ohne Votum
15.3	Ausschuss für den Kurbetrieb Travemünde	06.12.2007	Vertagt
	Wirtschaftsausschuss	10.12.2007	Vertagt
	Hauptausschuss	11.12.2007	Vertagt
16.1	Ausschuss für Soziales	04.12.2007	Einstimmige Empfehlung
	Wirtschaftsausschuss	10.12.2007	Einstimmige Empfehlung
	Hauptausschuss	11.12.2007	Einstimmige Empfehlung

***Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.***

## 6. Anfragen der Bürgerschaftsmitglieder gem. § 16 GeschO

Der Vorsitzende teilt mit, dass die folgende Anfrage nach Ablauf der Frist gem. § 16 Abs. 1 GeschO eingegangen:

Gemäß § 16 Abs. 2 GeschO kann diese Anfrage in der Januar-Sitzung 2008 mündlich oder schriftlich beantwortet werden bzw. muss in der Sitzung der Bürgerschaft im Februar 2008 schriftlich beantwortet werden.

### **BM Schalies, Drs. Nr. 982:**

Öffentliche Ausschreibung Nr. 35/07 über die Bereitstellung eines Internetanschlusses für die Hansestadt Lübeck vom 04.12.2007

***Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.***

## 7. Ablauf der Sitzung

Da es sich bei der heutigen Sitzung um eine Sondersitzung zur I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 handelt und damit einhergehend die Tagesordnung einen geringen Umfang aufweist, sind keine Pausen vorgesehen.

Das Ende der Sitzung erfolgt spätestens um 22:30 Uhr.

***Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.***

## 8. Sonstiges (z.B. Anhörung/Rederecht/Unterschriftenübergabe)

### TOP 12.1, Drs. Nr. 967

I. Nachtragshaushaltssatzung 2008

Der Gesamtpersonalrat hat mit Schreiben vom 14.12.2007 mitgeteilt, dass Herr Klemm zu diesem TO-Punkt sprechen möchte. Da es sich hierbei nicht um ein Anhörungsrecht gem. § 83 Mitbestimmungsgesetz für Schleswig-Holstein handelt, ist ein Beschluss der Bürgerschaft notwendig.

***Dem Redewunsch des Gesamtpersonalrates wird einstimmig zugestimmt.***

### TOP 13.14, Drs. Nr. 909

Jahresrechnung 2006 und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes

Der Vorsitzende teilt mit, dass dieser TO-Punkt in der Sitzung am 29.11.2007 nicht behandelt und deshalb auf die Januar-Sitzung vertagt wurde; auf Antrag des Bürgermeisters und unter Verweis auf § 94 Gemeindeordnung wurde dieser TO-Punkt für diese Sitzung angemeldet.

***Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.***

TOP 16.1, Drs. Nr. 973

Gewährung eines Kommunaldarlehens für die Mitfinanzierung von 34 geförderten Mietwohnungen

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Seniorenbeirat der Hansestadt Lübeck gebeten hat, an der nichtöffentlichen Beratung zu dem o.g. TO-Punkt teilzunehmen. Gem. § 9 Abs. 7 GeschO können Seniorenbeiratsmitglieder am nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen, sofern seniorenrelevante Angelegenheiten behandelt werden. Dieses ist bei dem vorliegenden TO-Punkt der Fall.

***Die Bürgerschaft stimmt der Teilnahme des Seniorenbeirates an der nichtöffentlichen Beratung zu TO-Punkt 16.1 einstimmig zu.***

Ferner teilt der Vorsitzende mit, dass weitere Änderungen zur Tagesordnung nicht vorliegen und die aktuelle Tagesordnung bei den Bürgerschaftsmitgliedern umverteilt wurde.

***Die Bürgerschaft nimmt Kenntnis.***

Die Tagesordnung umfasst nunmehr folgende Punkte:

## I. Öffentlicher Teil der Sitzung

	Seite
<b>1. Einwohnerfragestunde</b>	10
<b>3. Mitteilungen des Stadtpräsidenten</b>	10
<b>4. Anträge der Fraktionen</b>	
4.1 SPD / CDU – EBL-Verhandlungsverfahren „Suche eines strategischen Partners für die EBL Sparten Abfallwirtschaft und Straßenreinigung“	<i>nachträglich erweitert</i> 42
<b>7. Anfragen von Bürgerschaftsmitgliedern</b>	42
<b>11. Über- und außerplanmäßige Bewilligung von Hh.-Mitteln</b>	
11.1 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln zur Begleichung von Forderungen (Budgetüberschreitungen für die Jahre 2002 bis 2007) der LMuK GmbH gegen den BgA MuK	43
11.2 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2007 zur Ablösung eines Kassenkredites der LTM GmbH	44-45
<b>12. Satzungen, Flächennutzungspläne und Bebauungspläne</b>	
12.1 I. Nachtragshaushaltssatzung 2008	11-40,45
12.2 Vorhabenbezogener B-Plan 25.01.02 – Glashüttenweg Beschluss zum Durchführungsvertrag - Satzungsbeschluss -	46-47
<b>13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten</b>	
13.4 Bahnhofpunkt „Lübeck Hochschulstadtteil“	23,27,47
13.14 Jahresrechnung 2006 und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes	48
13.1 Förderung des Projektes „Jugend im Spiel / Fan-Projekt“ durch die Hansestadt Lübeck	24,27,49
13.2 Wirtschaftsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Geschäftsjahr 2008	25,41,49

## II. Nichtöffentlicher Teil der Sitzung

	<i>Seite</i>
<b>14. Anträge der Fraktionen</b>	<b>53</b>
<b>15. Grundstücksangelegenheiten</b>	
15.1 Verkauf von Grundstücken in der Trelleborgallee sowie Erwerb eines Miteigentumsanteils	26,54-55
15.2 Verkauf eines Grundstückes in der Flur 3 der Gemarkung Travemünde	26,56
15.3 Anhandgabe eines Grundstückes in Lübeck-Travemünde	<i>vertagt</i> 26,57
<b>16. Anträge und Berichte des Bürgermeisters</b>	
16.1 Gewährung eines Kommunaldarlehens für die Mitfinanzierung von 34 geförderten Mietwohnungen	26,58
<b>17. Anfragen von Bürgerschaftsmitgliedern</b>	<b>59</b>
<b>III. Öffentlicher Teil der Sitzung</b>	
<b>19. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse</b>	<b>28</b>

# **I. Öffentlicher Teil der Sitzung**

## **1. Einwohnerfragestunde**

Es liegt nichts vor.

## **3. Mitteilungen des Stadtpräsidenten**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Niederschrift Nr. 41 / 2003-2008 der Bürgerschaftssitzung vom 29.11.2007 bereits umverteilt wurde.

Die Feststellung der Niederschrift erfolgt jedoch erst in der nächsten regulären Sitzung am 31.01.2008.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 16:20 Uhr bis 17:04 Uhr, da sich noch diverse kurzfristig eingereichte Anträge zu TO-Punkt 12.1 im Geschäftsgang befinden und beruft gleichzeitig eine Sitzung des Ältestenrates zur Neuabstimmung der Sitzungstermine der Bürgerschaft für das Jahr 2008 ein.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist die Vorziehung des TO-Punktes 12.1 einschließlich der gemeinsam zu beratenden TO-Punkte vor dem TO-Punkt 4 beschlossen worden.

Weiterhin ist vor Eintritt in die Tagesordnung die gemeinsame Beratung der TO-Punkte 12.1 mit 13.4, 13.1, 13.2 (im öffentlichen Teil) und 15.1, 15.2, 15.3 sowie 16.1 (im nichtöffentlichen Teil) beschlossen worden.

## **12. Satzungen, Flächennutzungsplan und Bebauungspläne**

### **12.1 I. Nachtragshaushaltssatzung 2008**

Drucksache Nr. 967 - Austausch- und Ergänzungsblätter -

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. *Aufgrund des § 80 der Gemeindeordnung wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom .....und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde vom .....folgende Nachtragshaushaltssatzung erlassen:*

*(Stand gedruckter Entwurf einschl. Nachmeldelisten Stand 19.12.2007 Anlage 4.1 und 4.2)*

#### § 1

*Mit dem Nachtragshaushaltsplan werden*

	<i>erhöht um</i>	<i>vermindert um</i>	<i>und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. der Nachträge gegenüber bisher festgesetzt auf nunmehr</i>	
	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>	<i>EUR</i>
1. <i>im Verwaltungshaushalt</i>				
<i>die Einnahmen</i>	13.088.600		573.074.300	586.162.900
<i>die Ausgaben</i>	6.893.200		733.251.900	740.145.100
2. <i>im Vermögenshaushalt</i>				
<i>die Einnahmen</i>		3.864.300	147.644.600	143.780.300
<i>die Ausgaben</i>		3.864.300	147.644.600	143.780.300

#### § 2

*Es werden neu festgesetzt:*

1. *der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen von bisher* 47.222.900 *38.446.200*
2. *der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von bisher* 23.362.800 *32.237.800*
3. *der Höchstbetrag der Kassenkredite von bisher* *unverändert*
4. *die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesene Stellen von bisher* 2.863,45 *auf* 2.864,73 *(redaktionelle Änderung)*

§ 3, § 4, § 5, § 6, § 7

*Unverändert*

2. *Aufgrund § 33 Abs. 2 der Gemeindehaushaltsverordnung wird die fortgeschriebene Finanzplanung 2007 bis 2011 vorgelegt (Anlage 2).*
3. *Die den Nachtragshaushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche (Anlage 3) werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die in dem Nachtragshaushalt 2008 vorgesehenen kassenwirksamen Ausgabekürzungen und Einnahmesteigerungen zu realisieren.*
4. *Haushaltsbegleitbeschlüsse*
  - 4.1 *Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur Einstellung der Aufgabe Kriminalprävention einzuleiten und die ggf. bereits im Jahre 2008 kassenwirksam möglichen Verbesserungen im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushaltes 2008 zu realisieren. Über die Umsetzung dieser Maßnahme ist im Rahmen des regelmäßigen Monitoringverfahrens zu berichten.*
  - 4.2 *Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur Schließung der vorhandenen Nachbarschaftsbüros einzuleiten und die ggf. bereits im Jahre 2008 kassenwirksam möglichen Verbesserungen im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushaltes 2008 zu realisieren. Über die Umsetzung dieser Maßnahme ist im Rahmen des regelmäßigen Monitoringverfahrens zu berichten.*
  - 4.3. *Denkmalpflege/Archäologie*

*Der Bürgermeister wird beauftragt, die von der Staatskanzlei angebotenen Gespräche mit dem Ziel zu führen, die Voraussetzungen und Bedingungen für eine Übernahme der Aufgaben durch das Land Schleswig-Holstein auszuloten. Dem Hauptausschuss ist über das Ergebnis zu berichten.*

Zur Drs. Nr. 967, TOP 12.1 legen die Fraktionen die folgenden Änderungs- bzw. eigenständigen Anträge vor:

Drs. Nr. 979 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Die Position des Verwaltungshaushalts FB 3*

*Produkt Nr. 3.370.2 1300 – 4003 Personalausgaben Feuerwehr / Gefahrenabwehr wird um 210.000 EURO im Haushalt 2008 und um 280.000 EURO im Haushalt 2009 erhöht.*

*Die haushaltmäßige Ordnung ist außerhalb des Fachbereich-Budgets herzustellen.*

*Der Bürgermeister wird beauftragt, unverzüglich alle Vorkehrungen zur umgehenden Einstellung und Ausbildung von 13 weiteren Brandschützer/innen zu treffen. Damit soll erreicht werden, dass die im Brandschutzbedarfsplan für Lübeck festgelegten 44 Funktionsstellen der Berufsfeuerwehr (BF) wieder vollständig besetzt werden.*

Drs. Nr. 981 - eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Der Bürgermeister wird beauftragt, umgehend die Voraussetzungen für folgende Maßnahmen zur Sanierung der Haushalte der Hansestadt Lübeck und ihrer Gesellschaften und Beteiligungen zu schaffen:*

- 1. In Zusammenarbeit mit dem Stadtpräsidenten und den Fraktionen wird ein Arbeitskreis Haushaltssanierung einberufen. Diesem sollen Vertreter/innen aller Bürgerschaftsfraktionen und der zuständigen Verwaltungsbereiche angehören.*
- 2. Der Bürgermeister nimmt selbstständig oder in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden mit der Landesregierung Gespräche über die Einrichtung eines Landes-Entschuldungsfonds für die kommunalen Finanzen auf. Dabei kann er vom vorgenannten Arbeitskreis unterstützt werden.*
- 3. Ein extern professionell begleitetes Verfahren zur Evaluation der Leistungsfähigkeit und Strukturen der Stadtverwaltung und der städtischen Beteiligungen wird vorbereitet. Dabei sind die diesbezüglichen Vorschläge der Kommunalaufsicht des Landes zur Sanierung einzubeziehen. Die Bereichsleitungen und Personalvertretungen sind einzubinden.*

4. *Die zuständigen bzw. beauftragten Verwaltungseinheiten sind so auszustatten, dass sie ein strategisches Personalentwicklungskonzept entwickeln können. Parallel dazu sind die internen städtischen Fortbildungsangebote an den künftigen Steuerungsbedarfen (Stichwort Doppik) auszurichten, die Verwaltungsmitarbeiter/innen und Mandatsträger/innen qualifiziert bearbeiten sollen.*
5. *Das Beteiligungscontrolling der Stadt wird zu einer einheitlichen strategischen Beteiligungssteuerung aus- bzw. umgebaut. Dessen Aufgaben umfassen mindestens:*
  - *eine gründliche und einheitliche Bestandsaufnahme der betriebswirtschaftlichen Situation der Beteiligungen und die Optimierung des Berichtswesens*
  - *den Aufbau eines ausreichenden und ständig aktuellen fachlichen Austausches mit der Bürgerschaft, ggf. die Einrichtung eines Beirats*
  - *die Erarbeitung beteiligungspolitischer Leitlinien der Stadt, die von der Bürgerschaft zu beschließen sind*
  - *die Festlegung betriebswirtschaftlicher und politischer Aufgaben und Kompetenzen*
  - *die Klärung, strategische Ausrichtung und ggf. Bereinigung des Beteiligungsportfolios*
  - *den Abschluss von Zielvereinbarungen*
6. *Ein zentrales Fundraising- und Förderungs-Management wird bei der Stadt aufgebaut.*
7. *Das städtische Gebäude- und insbesondere das Energiemanagement werden sofort ausgebaut und vollumfänglich arbeitsfähig ausgestattet.*
8. *Ein Investitionsplan für den Gebäudeunterhaltungsbedarf wird der Bürgerschaft vorgelegt, der geeignet ist, den Investitionsstau abzubauen und die laufende Unterhaltung zu sichern.*
9. *Ein gesonderter Investitionsplan zur Fortsetzung des Energieerneuerungs- und -sparprogramms für Schulen wird ebenfalls der Bürgerschaft vorgelegt.*
10. *Zur unverzüglichen Umwandlung des Bereichs Stadtwald in einen Eigenbetrieb/eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung wird der Bürgerschaft eine Beschlussvorlage entgegengebracht.*

*Soweit diese Aufgaben nicht bis zum Februar 2008 zu erfüllen sind ist der Bürgerschaft im Februar 2008 über die Vorbereitungen zu 2. bis 9. zu berichten. Dann soll eine Beschlussfassung über Zielfristen erfolgen.*

Drs. Nr. 983 - eigenständiger Antrag der FDP-Fraktion:

Die FDP-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. *Die städtische Schuldnerberatung (Produkt 2.500.1, UA 4003, Zuschussbedarf 2008: 297.900 EUR) wird unverzüglich eingestellt.*
2. *Die Zuschüsse an die Lübecker Frauenhäuser zur Finanzierung zusätzlicher, nicht von der Landesregierung als erforderlich anerkannter Plätze (173 TEUR) entfällt ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt. Hierzu sind alle Möglichkeiten zur Kündigung der entsprechenden Verträge durch die Stadt zu nutzen.*
3. *Der Höchstbetrag der Gewinnabführung der Grundstücksgesellschaft "Trave" an die Stadt wird ab 2008 (unter teilweiser Änderung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 29.11.2007 (Drs. Nr. 905) über den Ansatz in der Verwaltungsvorlage (Drs. Nr. 967) hinaus auf 800 TEUR erhöht.*

Drs. Nr. 984 - eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Antrag zwischenzeitlich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen worden ist.

Drs. Nr. 986 - eigenständiger Antrag der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. *Der bestehende „Sozialfonds Schulkindbetreuung“ wird nach Auslaufen der Stiftungsfinanzierung ab 01.08.2008 durch die Hansestadt Lübeck als „Bildungssozialfonds Schulkinderbetreuung“ weitergeführt.*
2. *Mit den Mitteln des „Bildungssozialfonds Schulkinderbetreuung“ wird SchülerInnen aus bedürftigen Familien durch Beitragsermäßigung die Teilnahme an Betreuungsangeboten in Betreuten Grundschulen oder an kostenpflichtigen Angeboten im Rahmen der Offenen Ganztagschule, insbesondere am Mittagessen, ermöglicht.*
3. *Die Bürgerschaftsbeschlüsse vom 18.06.1981, TOP 11, Drs. Nr. 1607 – „unentgeltliche Abgabe von Milch an Schüler“ und vom 26.09.1991, TOP 10.2, Drs.Nr. 1153 – „Kostenbeiträge für Verpflegung in der Schule“ werden mit Verweis auf die Fortführung der Förderung in anderer Form aufgehoben. Die hier vorhandenen Haushaltsmittel in Höhe von insg. EUR 13.000,00 jährlich (Sozialmilch, Ermäßig. Mittagessen) werden zur Fortführung des „Bildungssozialfonds Schulkinderbetreuung“ genutzt.*

4. *Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur Sitzung der Bürgerschaft im Juni 2008 ein Konzept zu erarbeiten, wie durch die Ausgabe von Sachmitteln eine jährliche Beihilfe zum Start des Schuljahres (erstmalig 2008/2009) für schulbedingten Bedarf von Kindern aus bedürftigen Familien gewährt werden kann. Die ARGE und der Bereich Soziale Sicherung sind bei der Konzepterstellung zu beteiligen. Darüber hinaus ist darzulegen, wie bedürftigen Kindern die Teilnahme an Gemeinschaftsausflügen und Bildungsfahrten der Schulen und Kindertagesstätten ermöglicht werden kann.*
5. *Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur Sitzung der Bürgerschaft im Juni 2008 ein Konzept „Bildungssozialfonds Kindertagesbetreuung“ zu erarbeiten (analog zum „Bildungssozialfonds Schulkinderbetreuung“), wie Kindern aus bedürftigen Familien durch Beitragsermäßigung ab dem KiTa-Jahr 2008/2009 die Teilnahme am Mittagessen der Kindertageseinrichtungen aller Träger ermöglicht werden kann sowie ein regelmäßiger Besuch der Einrichtungen sichergestellt wird.*
6. *Zur Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen wird in der I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 dem Fachbereich 4 ein Budget von EUR 225.000,00 eingestellt (zusätzl. zu den unter Punkt 3 genannten Mitteln). Dieses Budget stellt den Sockelbetrag zur Finanzierung dar. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere Finanzierungswege zu erschließen, um das Finanzierungsvolumen über diesen Betrag hinaus zu erhöhen.*

Drs. Nr. 987 - eigenständiger Antrag der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Zur Fortführung des durch den Verein mixed pickles e.V. bisher aus Mitteln der Aktion Mensch finanzierten Jugendcafés "Die Eule" wird in die I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 dem Fachbereich 4 ein Haushaltsansatz in Höhe von EUR 26.000,00 p.a. eingestellt.*

*Mit dem Träger wird ein Budgetvertrag zunächst bis zum Jahr 2010 abgeschlossen.*

Drs. Nr. 988 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. *Im Einzelplan 8, Unterabschnitt 8600 Kurbetrieb Travemünde, wird im 1. Nachtragshaushaltsplan 2008 der Zuschuss an den Kurbetrieb Travemünde um 200.000 Euro gekürzt.*
2. *Für die Finanzplanungsjahre 2009 bis 2011 des Kurbetriebs Travemünde wird der Zuschuss um insgesamt 3.570.000 Euro gekürzt.*

Drs. Nr. 989 - eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Höhere Gewinnanteile von der Grundstücksgesellschaft Trave mbH (Fachbereich 5, Produktnummer 5.061.1) verbleiben bei der Trave mbH zur Verwendung in der energetischen Wohnungssanierung.*

Drs. Nr. 990 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion - Austauschblatt -:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Die vom Bürgermeister in der I. Nachtragsatzung 2008 in der Anlage 1, Seite 4, vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erzielung von Mehreinnahmen in Form der Erhöhung der Grundsteuer B ( netto mit Verschlechterung FAG) und Fremdenverkehrsabgabe wie das Programm „Lust auf Lübeck“, Märkte/Weihnachtsmarkt (100 T Euro) und Straßenbeleuchtung (20 T Euro) werden nicht weiter verfolgt.*

Drs. Nr. 991 - eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Von den Konsolidierungsvorschlägen des Bürgermeisters in Anlage 1 werden die folgenden Maßnahmen aus dem 1. Nachtragshaushaltsplan heraus genommen:*

<i>FB</i>	<i>Maßnahme</i>	<i>Betrag EUR</i>
<i>1</i>	<i>Geschäftsstelle Seniorenbeirat</i>	<i>18</i>
<i>1</i>	<i>Frauenbüro</i>	<i>59</i>
<i>1</i>	<i>Interne Fortbildungsmittel</i>	<i>50</i>
<i>4</i>	<i>Jugendhilfe</i>	<i>500</i>

*Die vom Bürgermeister vorgelegten Haushaltsbegleitbeschlüsse 4,2 Kriminalprävention und 4.2 Nachbarschaftsbüros werden abgelehnt.*

*Über den Betrag Denkmalpflege/Archäologie wird nach den Gesprächen zwischen Bürgermeister und Staatskanzlei entschieden. Ein Beschluss wird bis dahin vertagt.*

*Veränderungen bei Personalausgaben erfolgen erst nach einer der Bürgerschaft vorzulegenden und von ihr zu beschließenden Aufgabenanalyse.*

Drs. Nr. 992 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Die Brücke über den Stadtgraben wird nicht gebaut.*

*Der bei der Hhst. 6300 643.9850 bestehende Haushaltsausgabenrest in Höhe von 1.998.400 Euro wird hinsichtlich seines Verwendungszweckes geändert. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind im Jahr 2008 für die Sanierung und den Ausbau und den Neubau von Fuß- und Radwegen zu verwenden. Die haushaltsmäßige Ordnung ist im Rahmen einer überplanmäßige Bewilligung gem. § 82 GO im Jahre 2008 herzustellen. Über die Einzelmaßnahmen entscheidet der Bauausschuss.*

Drs. Nr. 993 - eigenständiger Antrag der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Der Bürgermeister wird beauftragt, die weitere Haushaltskonsolidierung nach folgenden ergänzenden Zielvorgaben durchzuführen:*

- I. Maßnahmen der Verwaltungsvorlage 12.1/ Drs. 967 die nicht haushaltswirksam umgesetzt werden*
  - 1. Denkmalpflege/ Archäologie  
Das Verfahren läuft, eine Entscheidung kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.*
- II. Maßnahmen der Verwaltungsvorlage 12.1/ Drs. 967 die haushaltswirksam umgesetzt werden*
  - 2. FB 2: Bereich Märkte/ Weihnachtsmarkt  
Durch Verbesserung der Gestaltungs- und Vermarktungskonzepte, sowie einer zeitgemäßen Angebotspalette sind Einnahmeverbesserungen von 100T€ zu veranschlagen.*
  - 3. FB 4: Bereich der Jugendhilfe  
In dem Bereich Jugendhilfe werden durch Anpassung der Haushaltsstellen an den tatsächlichen Bedarf - insgesamt 500T€.*
  - 4. Erhöhung der Grundsteuer B um 20 Punkte auf 480 Punkte : 1.100T€*
  - 5. Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe für Travemünde : 500T€*

---

Anmerkung außerhalb des Protokolls zu TOP 12.1, Drs. Nr. 992:

Zu dem CDU-Antrag in der Drs. Nr. 992 wurde während der Beratung zu TOP 12.1 von der SPD-Fraktion ein Änderungsantrag in der Drs. Nr. 998 eingereicht (vgl. S. 39).

III. *Maßnahmen der Verwaltungsvorlage 12.1/ Drs. 967 die mit GEÄNDERTEN Summen haushaltswirksam umgesetzt werden*

6. *FB 2: Reduzierung der Marketingmittel für den Flughafen  
Die finanziellen Mittel des Flughafens Lübeck werden in dem Bereich Marketing um insgesamt 400T€ gekürzt. Es ist zu prüfen ob und in welcher Höhe weitergehende Einsparungen umzusetzen sind. Der Bürgerschaft ist hierzu bis zu ihrer Januar- Sitzung 2008 zu berichten.*

IV. *Folgende Maßnahmen werden zusätzlich aufgenommen*

7. *FB 2: LTM ehemals HLTS  
Kürzung der Zuschüsse durch die Hansestadt Lübeck an die LTM von 2,4 Mio € auf 2,3 Mio €: 100T€ .*
8. *FB 2: Streichung der Planungskosten für die Sanierung der Strandpromenade  
Neuer Textvorschlag: Die Sanierung der Strandpromenade ist im Wirtschaftsplan 2008 (folgende) der Kurbetriebe Travemünde GmbH geordnet. Der Wirtschaftsplan wurde im Oktober 2007 von der Bürgerschaft beschlossen. Der Bürgermeister wird aufgefordert mit den Kurbetrieben Travemünde Gespräche aufzunehmen, die Planungen nicht in 2008 umzusetzen: 200T*

*Zur weiteren Verbesserung des strukturellen Defizits werden die Mehreinnahmen zusätzlich durch folgende Maßnahmen verbessert:*

9. *Maßnahmen zur Verbesserung der Mehreinnahmen  
Um der Forderung der Kommunalaufsicht nach einem mittelfristig wirksam werdenden Haushaltskonsolidierungskonzept bis 2011 entsprechen zu können, und den Ursachen einer sich fortsetzenden strukturellen Neuverschuldung konsequent entgegen zu wirken, werden folgende Maßnahmen für eine nachhaltige Einnahmeverbesserung des Lübecker Haushalts beschlossen:*
- Gewinnabführung bei der LHG: 1.000T€*
  - Einnahmen durch Verpachtung von Hafentflächen an die LHG - Höhe der Mehreinnahmen noch offen*
  - Sondernutzungsentgelte für den Bereich der Obertrave und Vorderreihe  
Überarbeitung der Gebührenordnung- Höhe der Mehreinnahmen noch offen*

Drs. Nr. 994 - eigenständiger Antrag der Fraktionen von SPD und CDU  
- Austauschblatt:-

Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Die Nachstehenden Maßnahmen (Anlage 1, Seite 4) werden nicht haushaltswirksam umgesetzt.*

<i>Lfd. Nr.</i>	<i>Maßnahme</i>	<i>Betrag</i>
<i>1 Einsparungen im Nachtrag enthalten</i>	<i>Geschäftsstelle Seniorenbeirat</i>	<i>18 T€</i>
<i>2 Einsparungen im Nachtrag enthalten</i>	<i>Frauenbüro</i>	<i>59 T€</i>
<i>3 Beschlussvorschlag 4.1.</i>	<i>Kriminalprävention</i>	<i>74 T€</i>
<i>4 Beschlussvorschlag 4.2.</i>	<i>Nachbarschaftsbüros</i>	<i>278 T€</i>

*Folgende Maßnahmen (Anlage 1, Seite 4) werden mit Änderungen umgesetzt.*

<i>Lfd. Nr.</i>	<i>Maßnahme</i>	<i>Betrag (alt)</i>	<i>Betrag (neu)</i>
<i>5</i>	<i>Einrichtung des technischen Betriebszentrums in der Bauverwaltung</i>	<i>150 T€</i>	<i>250 T€ (Zusammenlegung der städtischen Bauhöfe, Grünflächen u.a.)</i>

*Folgende Maßnahmen werden zusätzlich aufgenommen:*

<i>Lfd. Nr.</i>	<i>Maßnahme</i>	<i>Betrag</i>	<i>Begründung</i>
<i>6</i>	<i>Energiemanagement</i>	<i>500 T€</i>	
<i>7</i>	<i>Konsequente Beitreibung von Kasseneinnahmereste aus Vorjahren</i>	<i>600 T€</i>	<i>Einsparung von Zinsen für Kassenkredite</i>
<i>8</i>	<i>Kooperation der Forstverwaltung</i>	<i>50 T€</i>	<i>Kooperation mit anderen Forstverwaltungen</i>
<i>9</i>	<i>Naturschutz</i>	<i>50 T€</i>	
<i>10</i>	<i>Postdienstleistungen und Kontoführungsgebühren</i>	<i>200 T€</i>	
<i>11</i>	<i>Finanzwirtschaft (Liegenschaftsverwaltung)</i>	<i>200 T€</i>	<i>Einsparung von Zinsen durch den Verkauf von Erbpachtgrundstücken</i>
<i>12</i>	<i>Abführung LHG</i>	<i>2000 T€</i>	
<i>13</i>	<i>FB 2 Globalvorgabe</i>	<i>400 T€</i>	
<i>14</i>	<i>Overheadkosten FB 1 (z.B. Auflösung zentrales Controlling)</i>	<i>50 T€</i>	

Drs: Nr. 995 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion:

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Zur Einrichtung des von der Bürgerschaft in der November-Sitzung 2007 beschlossenen Sonderfonds für hilfebedürftige Kinder und Jugendliche werden für das Haushaltsjahr 2008 zunächst jeweils 50 T € aus den Globalvorgaben für den Fachbereich 2 und Fachbereich 4 bereitgestellt.*

*Über die Umsetzung dieses Beschlusses ist der Bürgerschaft in ihrer März-Sitzung 2008 zu berichten.*

Drs. Nr. 996 - eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Die Umsetzung des Bauvorhabens zur Erweiterung des Wachgebäudes der Berufsfeuerwehr in Kücknitz wird ausgesetzt. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Kosten und einen möglichen Standort für den Neubau einer Wache für dieses Wachgebiet zu ermitteln und der Bürgerschaft bis zur Sitzung der Bürgerschaft im Februar (März) 2008 vorzulegen.*

Ferner teilt der Vorsitzende mit, dass zur Drs. Nr. 967, TOP 12.1 der folgende Antrag des Seniorenbeirates in der Drs. Nr. 977 vorliegt, der vor der Beschlussfassung zu TOP 12.1, Drs. Nr. 967 zur Kenntnis zu nehmen ist.

*„Der Seniorenbeirat der Hansestadt Lübeck als gewählte Interessensvertretung der Lübecker Seniorinnen und Senioren hat mit großer Bestürzung erfahren, dass nach der sog. „Rotstiftliste“ des Senats vom 07.08.2007 die Einsparung der Geschäftsstelle des Seniorenbeirats ab 01.01.2008 und damit verbunden der Wegfall der hauptamtlichen Kraft vorgesehen ist.*

*Der hieraus resultierende relativ geringe Haushaltskonsolidierungsbetrag in Höhe von 20.000 Euro gemessen an dem geforderten Einsparvolumen in der Hansestadt Lübeck wird direkte und erheblich negative Auswirkungen auf die Lübecker Seniorinnen und Senioren haben.*

---

Anmerkung außerhalb des Protokolls:

Während der Beratung zu TOP 12.1 ist noch ein weiterer Antrag in der Drs. Nr. 997 zu diesem TO-Punkt eingegangen (vgl. S. 38).

*Der Seniorenbeirat spricht sich aus diesem Grunde vehement gegen die im Nachtragshaushalt 2008 im UA 0005 veranschlagte Kürzung aus und lehnt ausdrücklich die damit einhergehenden Vorstellungen des Herrn Bürgermeisters betr. Verlagerung des Seniorenbeirats in das Verwaltungszentrum Mühlentor bei gleichzeitiger dortiger büro-organisatorischer Angliederung an den Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales ab.*

*Der Seniorenbeirat legt aufgrund seiner durch die Bürgerschaft beschlossene Rechtsstellung nach § 47e der Gemeindeordnung großen Wert darauf, auch weiterhin dem Stadtpräsidenten der Hansestadt Lübeck zugeordnet zu sein und damit die erfolgreiche und sehr bewährte Zusammenarbeit mit dem Büro der Bürgerschaft fortsetzen zu können.“*

## 13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten

### 13.4 Bahnhofpunkt „Lübeck Hochschulstadtteil“

Drucksache Nr. 757

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Der Bürgermeister wird beauftragt, die Realisierung eines Bahnhofpunktes an der Bahnstrecke Lübeck-Büchen-Lüneburg am Hochschulstadtteil voran zu treiben, die Planungen für die erforderlichen Anschlüsse an das öffentliche Straßennetz zu beauftragen und die notwendige haushaltsmäßige Ordnung für die Planung und Realisierung herzustellen.*

Zur Drs. Nr. 757 legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag in der Drs. Nr. 824 vor:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Der Beschlussvorschlag in Drucksache 757 wird wie folgt geändert:*

*Es wird eingefügt (Fettdruck): ...und die notwendige haushaltsmäßige Ordnung für die Planung und Realisierung **über einen Nachtragshaushalt in 2007/2008** herzustellen.*

## **13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten**

### **13.1 Förderung des Projektes „Jugend im Spiel / Fan-Projekt“ durch die Hansestadt Lübeck**

Drucksache Nr. 970

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

- 1. Die Hansestadt Lübeck unterstützt die Durchführung des Projektes „Jugend im Spiel / Fan-Projekt“. Der Projektträger „Internationaler Bund e.V.“ erhält für die vorgesehene Laufzeit vom Dezember 2007 bis zum Dezember 2011 eine Zuwendung in Höhe von jährlich 25.564,59 EUR aus städtischen Haushaltsmitteln.*
- 2. Im Verwaltungshaushalt sind hierfür auf der Haushaltsstelle 1106.7020 – Kriminalprävention/Zuschüsse an sonst. Vereine u. Verbände für die Haushaltsjahre 2008 bis 2011 aus den vorhandenen Haushaltsmitteln jeweils 25.600 EUR vorzumerken.*

## **13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten**

### **13.2 Wirtschaftsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Geschäftsjahr 2008**

Drucksache Nr. 975

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

1. *Die Bürgerschaft verzichtet auf die Empfehlung des Hauptausschusses.*
2. *Zusammenstellung nach § 12 Abs. 1 EigVO für das Wirtschaftsjahr 2008*

*Für den Wirtschaftsplan 2008 der Entsorgungsbetriebe Lübeck werden festgesetzt:*

2.1	<i>im Erfolgsplan</i>	<i>die Erträge auf</i>	86.765.598 Euro
		<i>die Aufwendungen auf</i>	87.134.329 Euro
		<i>das Jahresergebnis auf</i>	- 368.731 Euro

2.2	<i>im Vermögensplan</i>	<i>die Einnahme auf</i>	44.195.913 Euro
		<i>Die Ausgaben auf</i>	44.195.913 Euro

2.3	<i>der Gesamtbetrag für Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf</i>	26.866.525 Euro
-----	---	-----------------

2.4	<i>der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf</i>	13.920.000 Euro
-----	--	-----------------

2.5	<i>der Höchstbetrag der Kassenkredite auf</i>	12.000.000 Euro
-----	---	-----------------

3. *Die Stellenübersicht wird als Bestandteil des Wirtschaftsplanes 2008 festgestellt. Sie ist gemäß der städtischen Vorgehensweise zur Haushaltsplanung dieser Vorlage nur in zusammengefasster Form beigefügt.*

4. *Der Wirtschaftsplan und seine Bestandteile werden zur Kenntnis genommen:*

- Vorbericht*
- Erfolgsplan*
- Erfolgsübersicht*
- Vermögensplan*
- Finanzplan*
- Investitionsplan*
- Zusammenfassung zur Stellenübersicht*

## **15. Grundstücksangelegenheiten**

### **15.1 Verkauf von Grundstücken in der Trelleborgallee sowie Erwerb eines Miteigentumsanteils**

Drucksache Nr. 971

## **15. Grundstücksangelegenheiten**

### **15.2 Verkauf eines Grundstückes in der Flur 3 der Gemarkung Travemünde**

Drucksache Nr. 972

## **15. Grundstücksangelegenheiten**

### **15.3 Anhandgabe eines Grundstückes in Lübeck-Travemünde**

Drucksache Nr. 974

## **16. Anträge und Berichte des Bürgermeisters**

### **16.1 Gewährung eines Kommunaldarlehens für die Mitfinanzierung von 34 geförderten Mietwohnungen**

Drucksache Nr. 973

Die Vorlagen zu den TO-Punkten 15.1, 15.2, 15.3 und 16.1 werden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten.

#### **Anmerkung:**

Das Protokoll des nichtöffentlichen Teils der Sitzung ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zur Veröffentlichung vorgesehen.

Die Ergebnisse sind als Anlage der Niederschrift beigefügt

Nachdem der Vorsitzende alle Tagesordnungspunkte im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatung zur I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 aufgerufen hat, wird in die inhaltliche Haushaltsberatung eingetreten.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er die Reihenfolge der Haushaltsberatung anhand der vorgenannten und bei den Bürgerschaftsmitgliedern umverteilten Gliederung vornehmen wird, die dem Original der Niederschrift beigelegt wird.

Zunächst ruft der Vorsitzende die TO-Punkte zur Beratung und Abstimmung auf, die vor dem Beschluss über die I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 zu beraten und zu beschließen sind.

**Zum TOP 13.4, Drs. Nr. 757 - Bahnhaltspunkt „Lübeck-Hochschulstadtteil“  
und  
Drs. Nr. 824 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Beschluss haushaltsmäßige Auswirkungen hätte. Eine haushaltsmäßige Ordnung wäre herzustellen.

**Beschluss über TOP 13.4, Drs. Nr. 824:  
Mehrheitliche Ablehnung bei 4 Ja- und  
46 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 13.4, Drs. Nr. 757:  
Mehrheitliche Ablehnung bei  
20 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und  
4 Stimmenthaltungen**

**Zum TO-Punkt 13.1, Drs. Nr. 970 - Förderung des Projektes „Jugend im Spiel /  
Fan-Projekt“ durch die Hansestadt Lübeck**

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Beschluss haushaltsmäßige Auswirkungen hätte. Eine haushaltsmäßige Ordnung wäre herzustellen.

**Beschluss über TOP 13.1, Drs. Nr. 970:  
Einstimmige Annahme**

Der Vorsitzende teilt mit, dass nunmehr die nichtöffentlichen TO-Punkte im Rahmen der Haushaltsberatung anstehen und bittet die Zuschauer auf den Tribünen und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil der Sitzung nicht berechtigt sind, den Saal zu verlassen.

**Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:09 Uhr**

Die Zuschauer verlassen die Tribünen und die Personen, die zur Teilnahme am nichtöffentlichen Teil nicht berechtigt sind, verlassen den Saal.

**Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 17:11 Uhr**

Anmerkung:

Das Protokoll des nichtöffentlichen Teils der Sitzung ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zur Veröffentlichung vorgesehen. Die Ergebnisse sind als Anlage der Niederschrift beigefügt.

**Ende des nichtöffentlichen Teils der Sitzung: 17:24 Uhr**

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und setzt die öffentliche Beratung fort.

**19. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung Beschlüsse gefasst wurden und teilt mit, dass die Ergebnisse als Anlage der Niederschrift beigefügt werden.

**Fortsetzung des Öffentlichen Teils der Sitzung: 17:25 Uhr**

## **I. Öffentlicher Teil der Sitzung** **- Fortsetzung der Beratung -**

Der Vorsitzende ruft nunmehr zur Fortsetzung der Beratung des TO-Punktes 12.1 - I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 - und den hierzu gestellten Anträgen auf.

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:  
Drs. Nr. 977 - Antrag des Seniorenbeirates zur  
I. Nachtragshaushaltssatzung 2008:**

Es spricht Herr Junge als Vorsitzender des Seniorenbeirates.

***Die Bürgerschaft nimmt die Drs. Nr. 977 zur  
Kenntnis.***

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:  
Drs. Nr. 979 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Personalanpassung Berufsfeuerwehr:**

Es spricht BM Möller, der in seinem Redebeitrag auch eingeht auf die  
**Drs. Nr. 996 – Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Entwicklung der Berufsfeuerwehr / Baumaßnahmen**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden ist die Bürgerschaft mit einer gemeinsamen Beratung der Drs. Nrn. 979 und 996 zu TOP 12.1 einverstanden.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 979:**  
***Mehrheitliche Ablehnung bei  
22 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und  
2 Stimmenthaltungen***

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 996:**  
***Mehrheitliche Ablehnung bei  
21 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und  
3 Stimmenthaltungen***

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:**

**Drs. Nr. 981 - eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Begleitbeschlüsse zur Haushaltssanierung:**

Es spricht BM Hilbrecht.

Ferner spricht BM Dr. Blunk und beantragt für die FDP-Fraktion die punktweise Abstimmung der Drs. Nr. 981.

Abschließend spricht BM Reinhardt und beantragt für die SPD-Fraktion die Überweisung der Drs. Nr. 981 zur abschließenden Beratung in den Hauptausschuss.

**Beschluss über den Überweisungsantrag zu TOP 12.1, Drs. Nr. 981:**  
***Mehrheitliche Annahme bei 24 Ja- und 6 Nein-Stimmen***

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:**

**Drs. Nr. 983 - eigenständiger Antrag der FDP-Fraktion - Begleitbeschluss zum Thema Schuldnerberatung, Frauenhaus und TRAVE GmbH:**

Es spricht BM Dr. Blunk und gibt für die FDP-Fraktion folgende Änderung der Ziff. 1 des Beschlussvorschlages zu Protokoll:

*Zuschussbedarf 2008: 200.100 EUR*

BM Stadthaus-Panissié beantragt vom Platz aus die punktweise Abstimmung der Drs. Nr. 983.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 983, Ziff. 1 in geänderter Fassung - Schuldnerberatung:**  
***Mehrheitliche Ablehnung bei 3 Ja- und 47 Nein-Stimmen***

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 983, Ziff. 2 - Frauenhaus:**  
***Mehrheitliche Ablehnung bei 2 Ja- und 48 Nein-Stimmen***

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 983, Ziff. 3 – Trave GmbH:**  
***Mehrheitliche Ablehnung bei 3 Ja- und 47 Nein-Stimmen***

---

Anmerkung außerhalb des Protokolls zu TOP 12.1, Drs. Nr. 981:

Der Ausschuss entscheidet abschließend gemäß § 20 Abs. 6 GeschO.

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:  
Drs. Nr. 986 - eigenständiger Antrag der SPD-Fraktion -  
Fortführung des Bildungssozialfonds:**

Es spricht BM Hilbrecht und beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Folgendes zu Protokoll:

*In Ziff. 4 werden die Worte "durch die Ausgabe von Sachmitteln" gestrichen.*

Es spricht BM Reinhardt vom Platz aus und zieht die Anträge in den Drs. Nrn. 986 und 987 für die SPD-Fraktion **zurück**.

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:  
Drs. Nr. 987 - eigenständiger Antrag der SPD-Fraktion -  
Fortführung des Projektes "Die Eule" des Vereins mixed pickles e. V.:**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag soeben **zurückgezogen** hat.

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:  
Drs. Nr. 988 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Zuschüsse an den Kurbetrieb Travemünde:**

Es spricht BM Howe.

BM Dr. Blunk ist nicht im Bürgerschaftssaal anwesend.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 988:  
Mehrheitliche Ablehnung bei  
21 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und  
1 Stimmenthaltung**

BM Dr. Blunk ist wieder im Bürgerschaftssaal anwesend.

Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:

Drs. Nr. 989 – eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Gewinnanteile der Grundstücksgesellschaft Trave mbH:

Es spricht BM Howe.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 989:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 4 Ja- und 46 Nein-Stimmen**

Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:

Drs. Nr. 990 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion - Austauschblatt - Diverse Maßnahmen:

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 990 in ausgetauschter Fassung:**  
**Mehrheitliche Annahme bei 27 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:

Drs. Nr. 991 - eigenständiger Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Konsolidierungsmaßnahmen des Bürgermeisters:

Es sprechen BM Hilbrecht, BM Schalties und Senatorin Borns.

BM Reinhardt beantragt vom Platz aus für die SPD-Fraktion über die in der Drs. Nr. 991 genannten Maßnahmen einzeln abzustimmen.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 991, 1. Maßnahme - Geschäftsstelle des Seniorenbeirates:**  
**Einstimmige Annahme**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 991, 2. Maßnahme - Frauenbüro:**  
**Mehrheitliche Annahme bei 48 Ja- und 2 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 991,**  
**3. Maßnahme - interne Fortbildungsmittel:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei**  
**6 Ja-Stimmen, 43 Nein-Stimmen und**  
**1 Stimmenthaltung**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 991,**  
**4. Maßnahme - Jugendhilfe:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei**  
**4 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen und**  
**1 Stimmenthaltung**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 991,**  
**5. Maßnahme - Kriminalprävention /**  
**Nachbarschaftsbüros:**  
**Einstimmige Annahme**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 991,**  
**6. Maßnahme - Denkmalpflege /**  
**Archäologie:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 24 Ja- und**  
**26 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 991,**  
**7. Maßnahme - Personalausgaben:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 21 Ja- und**  
**29 Nein-Stimmen**

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:**  
**Drs. Nr. 992 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion -**  
**Fahrradfreundliches Lübeck:**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Beratung der Drs. Nr. 992 zurückgestellt wird, da hierzu zwischenzeitlich ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. Nr. 998 eingegangen ist, der sich noch im Geschäftsgang befindet.

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:  
Drs. Nr. 993 - eigenständiger Antrag der SPD-Fraktion -  
Diverse Maßnahmen:**

Es sprechen BM Reinhardt und BM Stabe.

Es spricht BM Hilbrecht und beantragt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die punktweise Abstimmung der Drs. Nr. 993.

Es spricht BM Schalties und stellt Fragen zu den Themen Bereich Märkte und Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH.

Senator Halbedel beantwortet die zum Bereich Märkte gestellten Fragen.

Erneut sprechen BM Reinhardt und BM Schalties.

Es spricht Bürgermeister Saxe und beantwortet die von BM Schalties gestellten Fragen betreffend der Lübecker Hafen-Gesellschaft mbH.

Weiterhin sprechen BM Koch, BM Fraederich und BM Dr. Blunck.

Ferner sprechen BM Hundertmark, BM Schopenhauer und BM Eymer.

Erneut sprechen BM Koch, Bürgermeister Saxe und BM Hilbrecht.

Abschließend spricht BM Gaulin.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 1:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 24 Ja- und  
26 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 2:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei  
17 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen und  
6 Stimmenthaltungen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 3:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 20 Ja- und  
30 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 4:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 21 Ja- und  
29 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 5:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 21 Ja- und  
29 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 6:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei  
21 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und  
3 Stimmenthaltungen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 7:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei  
18 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und  
4 Stimmenthaltungen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 8:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 24 Ja- und  
26 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 993,**  
**Ziff. 9:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei  
17 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und  
7 Stimmenthaltungen**

Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:

Drs. Nr. 994 - eigenständiger Antrag der Fraktionen von SPD und CDU

- Austauschblatt -

Diverse Maßnahmen:

Es spricht BM Hilbrecht vom Platz aus und beantragt für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die punktweise Abstimmung der Drs. Nr. 994.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,**  
**Ziff. 1 in ausgetauschter Fassung:**  
**Einstimmige Annahme**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,**  
**Ziff. 2 in ausgetauschter Fassung:**  
**Mehrheitliche Annahme bei 48 Ja- und**  
**2 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,**  
**Ziff. 3 in ausgetauschter Fassung:**  
**Einstimmige Annahme**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,**  
**Ziff. 4 in ausgetauschter Fassung:**  
**Einstimmige Annahme**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,**  
**Ziff. 5 in ausgetauschter Fassung:**  
**Einstimmige Annahme**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,**  
**Ziff. 6 in ausgetauschter Fassung:**  
**Einstimmige Annahme**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,**  
**Ziff. 7 in ausgetauschter Fassung:**  
**Einstimmige Annahme bei**  
**6 Stimmenthaltungen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,  
Ziff. 8 in ausgetauschter Fassung:**  
Einstimmige Annahme

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,  
Ziff. 9 in ausgetauschter Fassung:**  
Mehrheitliche Annahme bei  
45 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und  
1 Stimmenthaltung

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,  
Ziff. 10 in ausgetauschter Fassung:**  
Einstimmige Annahme bei  
4 Stimmenthaltungen

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,  
Ziff. 11 in ausgetauschter Fassung:**  
Einstimmige Annahme bei  
4 Stimmenthaltungen

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,  
Ziff. 12 in ausgetauschter Fassung:**  
Einstimmige Annahme bei  
6 Stimmenthaltungen

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,  
Ziff. 13 in ausgetauschter Fassung:**  
Mehrheitliche Annahme bei 46 Ja- und  
4 Nein-Stimmen

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 994,  
Ziff. 14 in ausgetauschter Fassung:**  
Mehrheitliche Annahme bei 46 Ja- und  
4 Nein-Stimmen

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:**

**Drs. Nr. 995 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion -  
Einrichtung eines Sonderfonds für hilfebedürftige Kinder und Jugendliche:**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 995:  
*Einstimmige Annahme bei  
2 Stimmenthaltungen***

Der Vorsitzende ruft nunmehr den während der Haushaltsberatung eingegangen  
eigenständigen Antrag der CDU-Fraktion in der Drs. Nr. 997 zu TOP 12.1,  
Drs. Nr. 967 auf:

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:**

**Drs. Nr. 997 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion -  
Jugendhilfe / Absenkung durch Maßnahmensteuerung:**

Die CDU-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Die vom Bürgermeister in der Anlage 1 beim Fachbereich 4 vorgeschlagene  
Einsparung bei der Maßnahme „Jugendhilfe/Absenkung durch Maßnahmensteuerung“  
wird statt mit 500 T € mit 1000 T € angesetzt.*

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 997:  
*Mehrheitliche Annahme bei 26 Ja- und  
24 Nein-Stimmen***

Anschließend ruft der Vorsitzende den zurückgestellten Antrag der CDU-Fraktion in der Drs. Nr. 992 auf:

**Zum TO-Punkt 12.1, Drs. Nr. 967:**

**Drs. Nr. 992 - eigenständiger Antrag der CDU-Fraktion -  
und hierzu**

**Drs. Nr. 998 - Änderungsantrag der SPD-Fraktion -  
Fahrradfreundliches Lübeck:**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die SPD-Fraktion zu dem Antrag in der Drs. Nr. 992 zu TOP 12.1 während der Haushaltsberatung einen Änderungsantrag in der Drs. Nr. 998 vorgelegt hat:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Der Antrag TOP 12.1 in der Drucksache 992 wird wie folgt geändert:*

*Die Brücke über den Stadtgraben wird gebaut.*

*Die Finanzierung erfolgt aus den Einnahmen aus Grundstücksverkäufen Werftstraße.*

*Der Bau der Brücke erfolgt zeitgleich mit der Grundstücksbebauung.*

*Der bei der Hhst. 6300.643.9850 bestehende Haushaltsausgabenrest in Höhe von 1.998.400Euro wird hinsichtlich seines Verwendungszweckes geändert. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind im Jahr 2008 für die Sanierung und den Ausbau und den Neubau von Fuß- und Radwegen zu verwenden. Die haushaltmäßige Ordnung ist im Rahmen einer überplanmäßigen Bewilligung gem. § 82 GO im Jahre 2008 herzustellen. Über die Einzelmaßnahmen entscheidet der Bauausschuss.*

Es sprechen BM Pluschkell, BM Lötsch, BM Schindler und BM Howe.

Erneut spricht BM Pluschkell.

Weiterhin sprechen BM Reinhardt, BM Hiller und BM Zander.

Ferner sprechen Senator Boden und BM Fraederich.

Es spricht BM Dr. Blunck und stellt für die FDP-Fraktion einen eigenständigen Antrag zu Protokoll, der wie folgt lautet:

*Die Brücke über den Stadtgraben wird vorerst nicht gebaut. Um den bestehenden Haushaltsausgabenerest wird die Kreditermächtigung verringert.*

Erneut spricht BM Reinhardt.

Es spricht BM Möller und ferner erneut BM Schindler.

Weiterhin sprechen BM Hinrichs, BM Semrau und erneut BM Lötsch.

Abschließend spricht BM Abler und beantragt den Schluss der Debatte.

Der Vorsitzende stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen und der Antrag auf Schluss der Debatte damit hinfällig ist.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 998:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 21 Ja- und  
29 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 992:**  
**Mehrheitliche Annahme bei  
26 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und  
5 Stimmenthaltungen**

**Beschluss über den eigenständigen  
Protokollantrag der FDP-Fraktion:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei  
20 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und  
4 Stimmenthaltungen**

Der Vorsitzende ruft nunmehr den  
**TOP 12.1, Drs. Nr. 967 – I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 – Austausch- und  
Ergänzungsblätter –**  
zur Abstimmung auf.

**Beschluss über TOP 12.1, Drs. Nr. 967 in  
ausgetauschter und ergänzter Fassung  
sowie mit der Maßgabe, dass die  
vorgenannten Änderungen und  
Ergänzungen lt. der gefassten Beschlüsse  
zu den zugeordneten TO-Punkten  
einzuarbeiten sind:**  
**Mehrheitliche Annahme bei  
27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und  
21 Stimmenthaltungen**

BM Hilbrecht erklärt vom Platz aus für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass  
diese sich gegen die Vorlage aussprechen wollte.

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der  
Niederschrift bei)

---

Anmerkung außerhalb des Protokolls zu TOP 12.1, Drs. Nr. 967:

Ein im Sinne der Erklärung von BM Hilbrecht geändertes Abstimmungsverhalten wäre  
nicht ergebnisrelevant.

Der Vorsitzende ruft nunmehr den TO-Punkt

**13.2, Drs. Nr. 975 – Wirtschaftsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Geschäftsjahr 2008**

auf, der nach dem Beschluss zur I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 zu beraten und zu beschließen ist.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Beschluss haushaltmäßige Auswirkungen hätte. Eine haushaltmäßige Ordnung ist teilweise hergestellt, da noch Verhandlungen mit dem Fachbereich 5 zu führen sind.

**Beschluss über TOP 13.2, Drs. Nr. 975:**  
**Einstimmige Annahme**

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Haushaltsberatung nunmehr abgeschlossen ist und die Sitzung mit TOP 4 - Anträge der Fraktionen fortgeführt wird.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ist die Dringlichkeit und Erweiterung der Tagesordnung um den TO-Punkt 4.1 beschlossen worden.

#### **4. Anträge der Fraktionen**

##### **4.1 SPD / CDU – EBL-Verhandlungsverfahren „Suche eines strategischen Partners für die EBL Sparten Abfallwirtschaft und Straßenreinigung“**

Drucksache Nr. 985 - Austauschblatt -

Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Der Bürgermeister wird aufgefordert, in den laufenden Verhandlungen mit den potentiellen strategischen Partnern die Regelungen für die Zusammensetzung des späteren Aufsichtsrats der auszugründenden "Abfall GmbH" so zu gestalten, dass einem gewählten Mitglied des dann künftigen Betriebsrats dieser "Abfall GmbH" 1 (ein) ordentlicher Sitz in diesem Gremium zusteht. Auch soll die Hansestadt Lübeck die Mehrheit der Mitglieder des künftigen Aufsichtsrats stellen.*

**Beschluss über TOP 4.1, Drs. Nr. 985 in ausgetauschter Fassung:**  
**Mehrheitliche Annahme bei**  
**43 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und**  
**3 Stimmenthaltungen**

#### **7. Anfragen von Bürgerschaftsmitgliedern**

Es liegt nichts vor.

## **11. Über- und außerplanmäßige Bewilligung von Hh - Mitteln**

### **11.1 Überplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln zur Begleichung von Forderungen (Budgetüberschreitungen für die Jahre 2002 bis 2007) der LMuK GmbH gegen den BgA MuK**

Drucksache Nr. 968

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Bei der Haushaltsstelle 3320.6750 Musik- und Kongresshalle / Kostenersatz an kommunale Sonderrechnungen werden zur Begleichung der Forderungen der LMuK GmbH gegen den BgA MuK im Haushaltsjahr 2007 Haushaltsmittel in Höhe von 893.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt.*

*Die Deckung dieses Mehrbedarfes erfolgt aus Einsparungen bei Haushaltsstelle 3320.6751 Musik- und Kongresshalle / Kostenersatz an kommunale Sonderrechnungen in Höhe von 69.320 Euro sowie aus Einsparungen im Sammelnachweis 4002 – Personalausgaben des FB 4 in Höhe von 823.680 Euro.*

*Mit der LMuK GmbH ist eine Zielvereinbarung abzuschließen, um die Verpflichtung der LMuK GmbH zur Einhaltung des Finanzrahmens zu unterstreichen.*

**Beschluss über TOP 11.1, Drs. Nr. 968:**  
**Einstimmige Annahme bei**  
**2 Stimmenthaltungen**

## **11. Über- und außerplanmäßige Bewilligung von Hh - Mitteln**

### **11.2 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2007 zur Ablösung eines Kassenkredites der LTM GmbH**

Drucksache Nr. 969 - Austauschblatt -

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Bei der Haushaltsstelle 7900.7250 Schuldendiensthilfe an kommunale Sonderrechnungen werden zur Ablösung eines Kassenkredites der Hansestadt Lübeck an die LTM GmbH im Haushaltsjahr 2007 Haushaltsmittel in Höhe von 800.000 Euro gem. § 82 Abs.1 GO außerplanmäßig bereitgestellt.*

*Die Deckung dieses Mehrbedarfes erfolgt aus Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei Haushaltsstellen*

0021. 4005 - Personalausgaben Fachbereich 2

470.000 Euro

4162.2450 - Ausgleichsbetrag nach § 5 AG-SGB XII / Leistungen von Sozialleistungsträgern

200.000 Euro

7300.1406 – Märkte – Mieten und Pachten 130.000 Euro

*Mit der LTM GmbH ist eine Zielvereinbarung abzuschließen, um die Verpflichtung der LTM GmbH zur Einhaltung des Finanzrahmens zu unterstreichen.*

Zur Drs. Nr. 969 legt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag in der Drs. Nr. 980 vor:

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

*Die Vorlage des Bürgermeisters "Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Gemeindeordnung (GO) für das Haushaltsjahr 2007" zur Ablösung eines Kassenkredites der LTM GmbH (TOP 11.2, Drs. Nr. 969) wird folgendermaßen geändert und ergänzt:*

1. Die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den Haushaltsstellen:

0021.4005 - Personalausgaben Fachbereich 2 470.000 Euro

4162.2450 - Ausgleichsbetrag nach § 5 AG-SGB XII / Leistungen  
von Sozialleistungsträgern 200.000 Euro

7300.1406 - Märkte - Mieten und Pachten 130.000 Euro

*werden nicht zur Ablösung eines Kassenkredites der Hansestadt Lübeck an die LTM GMB verwendet, sondern für den "Sozialfonds für hilfebedürftige Kinder und Jugendliche" bereitgestellt.*

2. Die LTM GmbH wird aufgefordert, ihre Kassenkredite bei der Hansestadt Lübeck im Rahmen ihres Wirtschaftsplanes zu bedienen bzw. auszugleichen.

Es spricht BM Hilbrecht.

Auf Antrag der CDU-Fraktion wird die Sitzung von 20:20 Uhr bis 20:35 Uhr unterbrochen.

Es spricht BM Koch und beantragt für die CDU-Fraktion zur Drs. Nr. 969 folgende Ergänzung zu Protokoll:

*Die Investitionen sind durch das Rechnungsprüfungsamt zu prüfen und über das Ergebnis ist dem Rechnungsprüfungsausschuss zu berichten.*

Abschließend spricht erneut BM Hilbrecht.

**Beschluss über TOP 11.2, Drs. Nr. 980:**  
**Mehrheitliche Ablehnung bei 21 Ja- und 29 Nein-Stimmen**

**Beschluss über TOP 11.2, Drs. Nr. 969 in ausgetauschter und ergänzter Fassung:**  
**Mehrheitliche Annahme bei 27 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen**

## **12. Satzungen, Flächennutzungsplan und Bebauungspläne**

### **12.1 I. Nachtragshaushaltssatzung 2008**

Drucksache Nr. 967 - Austauschblatt -

Dieser TO-Punkt ist bereits vor Beginn des TO-Punktes 4 beraten worden.

BM Schindler erklärt seine Befangenheit und verlässt den Bürgerschaftssaal.

## **12. Satzungen, Flächennutzungsplan und Bebauungspläne**

### **12.2 Vorhabenbezogener B-Plan 25.01.02 – Glashüttenweg** **Beschluss zum Durchführungsvertrag** **- Satzungsbeschluss -**

Drucksache Nr. 976

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

- I. *Der Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 25.01.02 – Glashüttenweg – gem. § 12 (1) S. 1 BauGB wird gebilligt.*
- II. *Die während der Beteiligung der Behörden nach § 4 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 (2) BauGB gegen den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 25.01.02 – Glashüttenweg – vorgebrachten Anregungen von/vom*
  1. *Verband Wohneigentum, Siedlerverband Schleswig-Holstein e. V., Siedlergemeinschaft Karlshof, Hofweg 100 a, vorgebracht mit Schreiben vom 11.10.2007 werden zu 1 nicht berücksichtigt und zu 2 zur Kenntnis genommen,*
  2. *Herrn Erwin Hinzpeter, Jungborn 26, 23568 Lübeck, vorgebracht mit Schreiben vom 24.10.2007 werden nicht berücksichtigt,*
  3. *3.391 – Bereich Naturschutz vorgebracht mit Schreiben vom 04.08.2007 werden zu 4 und 5 berücksichtigt, zu 1, 2, 3 und 6 zur Kenntnis genommen und zu 7 nicht berücksichtigt. Die als Anlagen beigefügten Stellungnahmen werden gebilligt.*
- III. *Der vorhabenbezogene Bebauungsplan 25.01.02 – Glashüttenweg - in der Fassung vom 06.11.2007 einschließlich Text wird beschlossen. Die Begründung vom 06.11.2007 wird gebilligt.*

**DER BESCHLUSS ERGEHT UNTER BEACHTUNG DES § 22 GO  
(AUSSCHLIESSUNGSGRÜNDE)**

Es spricht Herr Oldenburg als Vertreter des Seniorenbeirates und erklärt, dass der Seniorenbeirat aus zeitlichen Gründen nicht in der Lage war, einen Beschluss des Seniorenbeirates herbeizuführen, der für einen Antrag an die Bürgerschaft erforderlich wäre.

Herr Oldenburg gibt daher folgende Empfehlung ab, die ggfs. von der Bürgerschaft oder der Verwaltung aufzugreifen wäre:

*In der Vorlage wird von der 12stufigen Treppenanlage mit einem Zwischenpodest als Anschluss an den Glashüttenweg gesprochen. Dabei wird zum Ausdruck gebracht, dass kein Gelände vorgesehen ist.*

*Wir, der Seniorenbeirat, hält es bei einer 12stufigen Treppenanlage mit einem Zwischenpodest unbedingt erforderlich, dass ein Geländer vorgesehen wird und fordern außerdem direkt neben der Treppenanlage eine schiefe Ebene, damit Rollstuhlfahrer, Gehwagenbenutzer und Personen mit Kinderwagen diesen Weg unter in Anspruchnahme des Geländers den Wanderweg, der gleichzeitig Zugang zu mehreren Stichstraßen ist, ungehindert nutzen können.*

*Der Seniorenbeirat erwartet eine große Zustimmung der Bürgerschaft.*

Es spricht Senator Boden und sichert zu, die Empfehlung des Seniorenbeirates bei den Planungen zu berücksichtigen, sofern es die Steigungsverhältnisse erlauben.

***Die Bürgerschaft ist einverstanden.***

**Beschluss über TOP 12.2, Drs. Nr. 976 in  
ergänzter Fassung mit der Maßgabe, die  
Empfehlung zu berücksichtigen:  
Einstimmige Annahme**

(Die Vorlage ist bei den Bürgerschaftsmitgliedern umgeteilt und liegt dem Original der Niederschrift an.)

BM Schindler ist wieder im Bürgerschaftssaal anwesend.

## **13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten**

### **13.4 Bahnhaltepunkt „Lübeck Hochschulstadtteil“**

Drucksache Nr. 757

Dieser TO-Punkt ist bereits vor Beginn des TO-Punktes 4 gemeinsam mit TO-Punkt 12.1 beraten worden.

## **13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten**

### **13.14 Jahresrechnung 2006 und Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes**

Drucksache Nr. 909

Der Bürgermeister beantragt, die Bürgerschaft möge beschließen:

- 1. Die Bürgerschaft beschließt die Jahresrechnung 2006 und den Schlussbericht des RPA über deren Prüfung gemäß § 94 Abs. 3 GO.*
- 2. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Schlussbericht 2006 auszuwerten, daraus die im finanzwirtschaftlichen Interesse der Stadt gebotenen Konsequenzen zu ziehen und auf die Ausräumung noch nicht abschließend behandelte Prüfungsbemerkungen hinzuwirken. Über die diesbezüglich getroffenen Maßnahmen ist der Bürgerschaft unter Einschaltung des Rechnungsprüfungsausschusses bis zum 31.05.2008 ein zusammenfassender Bericht vorzulegen.*

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes auf Seite 9 einen Schreibfehler enthält.

In der letzten Zeile der oberen Tabelle muss es statt "-541.000 EUR" heißen: "+541.000 EUR".

**Beschluss über TOP 13.14, Drs. Nr. 909:**  
**Einstimmige Annahme**

### **13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten**

#### **13.1 Förderung des Projektes „Jugend im Spiel / Fan-Projekt“ durch die Hansestadt Lübeck**

Drucksache Nr. 970

### **13. Anträge des Bürgermeisters und des Stadtpräsidenten**

#### **13.2 Wirtschaftsplan der Entsorgungsbetriebe Lübeck für das Geschäftsjahr 2008**

Drucksache Nr. 975

Diese TO-Punkte sind bereits vor Beginn des TO-Punktes 4 gemeinsam mit TO-Punkt 12.1 beraten worden.

Der Vorsitzende weist zum Abschluss darauf hin, dass am 31. Januar 2008 um 16:00 Uhr die nächste Sitzung der Bürgerschaft stattfindet.

**Ende der Sitzung: 20:46 Uhr**

Peter Sünnewold  
Stadtpräsident

Annabell Krawetzke  
Protokollführerin

**Anlage zur Niederschrift 42 / 2003 - 2008**

Ergebnisse der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse der Bürgerschaftssitzung am 20.12.2007:

<b>TOP 15.1, Drs. Nr. 971 in ausgetauschter und ergänzter Fassung</b>	<b>Einstimmige Vertagung</b>
<b>TOP 15.2, Drs. Nr. 972</b>	<b>Mehrheitliche Annahme bei 43 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen</b>
<b>TOP 15.3, Drs. Nr. 974</b>	<b>Dieser TO-Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.</b>
<b>TOP 16.1, Drs. Nr. 973</b>	<b>Einstimmige Annahme</b>

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck  
am Donnerstag, 20.12.2007, im Bürgerschaftssaal des Rathauses**

**Wahlperiode 2003 - 2008**

**Nr. 42**

**- Nichtöffentlicher Teil -**

**Beginn des nichtöffentlichen Teils der Sitzung:** 17:11 Uhr

**Anwesend:** **Stadtpräsident Sünnewold** (CDU) - Vorsitzender  
**BM Wargenau** (CDU) - Beisitzerin  
**BM Knöckel** (SPD) - Beisitzerin

***sowie weitere 47 Bürgerschaftsmitglieder:***

Abler (SPD)	Lötsch (CDU)
Albrecht (SPD)	von Maltzahn (CDU)
Dr. Blunk (FDP)	Menorca (CDU)
Böhning (SPD)	Möller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Eymer (CDU)	Oldenburg (CDU)
Fey (SPD)	Panther-Pätow (SPD)
Fick (CDU)	Petersen (CDU)
Förster (SPD)	Pluschkell (SPD)
Fraederich (CDU)	Puschadel (CDU)
Freitag, Chr. (CDU)	Reinhardt (SPD)
Freitag, D. (CDU)	Sawalich (CDU)
Gaulin (SPD)	Schalies (FDP)
Dr. Gulski (CDU)	Schatz (CDU)
Hilbrecht (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Scheel (SPD)
Hinrichs (CDU)	Schindler (SPD)
Hiller (SPD)	Schneider (CDU)
von Holt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Schopenhauer (SPD)
Howe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Semrau (CDU)
Hundertmark (SPD)	Siebdrat (SPD)
Jugert (CDU)	Stabe (CDU)
Kaske (CDU)	Stadthaus-Panissié (fraktionslos)
Koch (CDU)	Stallbaum (SPD)
Küsel (CDU)	Zander (CDU)
Lietzke (CDU)	

**Es fehlt niemand.**

**Ferner sind**

**anwesend:** Bürgermeister Saxe, Senatorin Borns, Senator Boden, Senator Geißler und Senator Halbedel, Herr Erz, 1.130 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Herr Groth, 1.140 - Rechnungsprüfungsamt, Frau Voskuhl, 1.300 - Recht, Frau Meißner, 2.021 - Fachbereichsdienste, die Gleichstellungsbeauftragte sowie die Protokollführerin Frau Krawetzke, die Leiterin des Büros der Bürgerschaft Frau Kasimir und Frau Preuß, 1.100 - Büro der Bürgerschaft